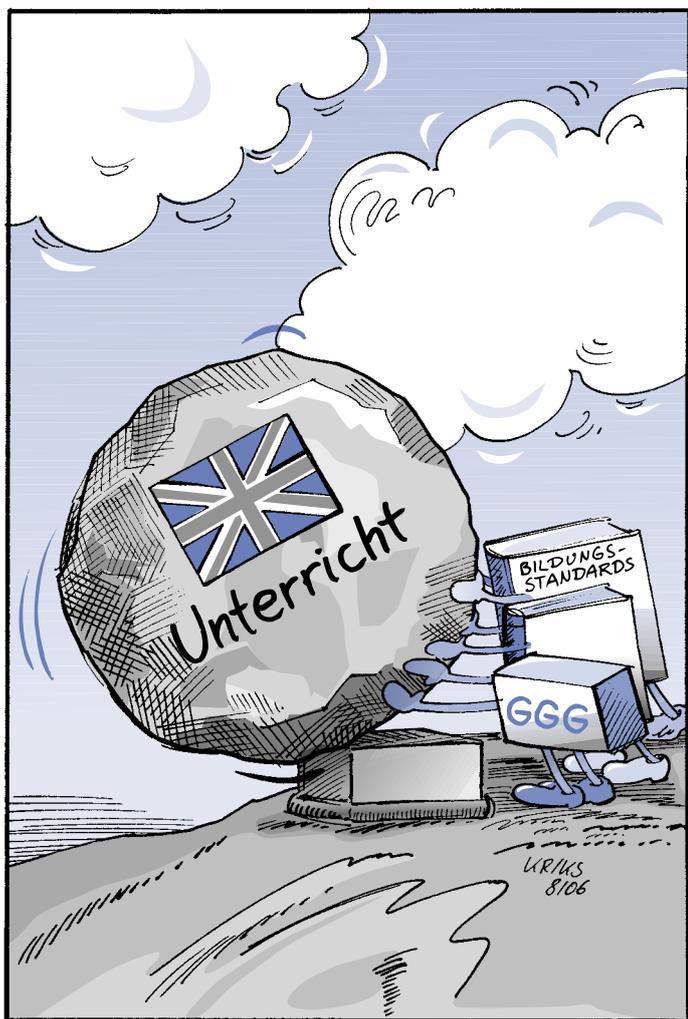


# GGG

# Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband  
29. (37.) Jahrgang · 1. September 2006 · H 2395

ISSN 1431-8075



## Englischunterricht und Gesamtschule

(elh) Die Englischleistungen an deutschen Schulen sind miserabel – das sind die Ergebnisse der Studie „Deutsch Englisch Schülerleistungen International“ (DESI), die die KMK im März 2006 in Berlin der Presse und der Öffentlichkeit vorgestellt hat, ohne dass es ein bemerkenswertes Medienecho gegeben hätte. Das lag zum einen daran, dass sich die zeitgleich verabschiedete Diskussion über die Rechtschreibreform in den Vordergrund gedrängt hatte, zum anderen – so sagen Insider aus dem DESI-Konsortium –, weil die KMK wohl kein Interesse an einem neuerlichen PISA- bzw. DESI-Schock hatte.

Denn schockierend ist es schon, wenn nur zwei Drittel *aller* deutschen Schüler in der neunten Klasse in Englisch eine Leistung erbringen, die den von den Kultusministern beschlossenen Bildungsstandards *für Hauptschüler* genügt.

Auffallend ist, dass diese Studie bislang von der Lehrerschaft kaum rezipiert worden ist, und es sind die Lehrkräfte, die am meisten davon profitieren können; denn die DESI-Studie ist eine wahre Fundgrube an Einzelkenntnissen über die Wirklichkeit von Lehr-Lern-Prozessen und die Bedingungsfaktoren für guten Unterricht. Um Lehrkräfte zu informieren und in die Diskussion einzubinden, hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft Englisch an Gesamtschulen (<http://www.bag-englisch.de>) für ihre 44. Arbeits- und Fortbildungstagung am 27. Mai in Hamburg Christa Lohmann um einen Vortrag gebeten, der sich mit den DESI-Ergebnissen im Hinblick auf die Gesamtschule auseinandersetzen sollte. Diesen Vortrag drucken wir innerhalb dieses Heftes in Form einer Sonderausgabe ab.

GGG-Extra Seite I-VIII

### Zur Umsetzung der Bildungsstandards

Nach dem Saarland wird die Serie fortgesetzt mit der Analyse eines der ostdeutschen Länder, die nach der Wende 1989 auch schulpolitisch in große Turbulenzen gerieten, Mecklenburg-Vorpommern. Ein Sachstandsbericht von Ursula Helmke.

Seite 3

### Die KMK und die Fachleistungsdifferenzierung

Im Juni 2006 beschloss die Kultusministrekonferenz die neue Fassung der „Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I“. Was bringt sie für die Gesamtschulen? Eine Einschätzung von Ingrid Wenzler.

Seite 5

### Gesamtschule ist (k)eine „Schule für alle“

Wenn in Bayern von den Eltern die Schulstrukturfrage gestellt wird, dann scheint in unserem Schulsystem einiges im Argen zu liegen. Im Zusammenhang mit der DESI-Studie stellt Klaus-Dieter Harder alte Fragen neu – aus Elternsicht.

Seite 7

### Fußball, Klinsmann und die Bildung

Welch ein Sommer! Sonne und Temperaturen wie auf Sizilien, Straßenfeste wie in der Toskana, und die Deutschen mediterran entspannt und fröhlich. Was wir von der Fußball-WM lernen könnten, erklärt uns Ursula Helmke im Kommentar.

Seite 12

## Inhalt

### Serie

Zur Umsetzung der Bildungsstandards  
Zum Beispiel: Mecklenburg-Vorpommern 3

### Bildungs-Politik

Fachleistungsdifferenzierung – Was bringt  
die neue Vereinbarung der Kultusministerkonferenz für die Gesamtschulen? 5

### GGG-Extra

Englischunterricht und Gesamtschule  
von Christa Lohmann I-VIII

### Bildungs-Politik

Gesamtschule ist (k)eine „Schule für alle“ 7

### GGG intern

Die IGS Braunschweig-Querum 8  
Einladung zur öffentlichen MV 2006 8  
Programm der öffentlichen MV 2006 9  
Kurzportrait Elsbeth Stern 9  
Zum Tode von Herbert Enderwitz 9

### Aus den Ländern

Programm Norddeutscher  
Gesamtschulkongress 2006 11

### Kommentar

12

## Impressum

**Heft 3/2006 vom 1. September 2006**  
**ISSN 1431-8075**

### Gesamtschul-Kontakte

29. (37.) Jahrgang

Herausgeber: Gemeinnützige Gesellschaft  
Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann,  
Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel  
(Koordination), Dr. Michael Hüttenberger  
(presserechtlich verantwortlich)

Evenaristraße 46, 64293 Darmstadt,

E-Mail: [kontakte@ggg-bund.de](mailto:kontakte@ggg-bund.de)

Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Postfach

1307, 26583 Aurich, Telefon: 04941/18777

E-Mail: [geschaeftsstelle@ggg-bund.de](mailto:geschaeftsstelle@ggg-bund.de)

Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vier-  
teljährlich. Der Abonnementpreis beträgt  
jährlich € 14,- (einschließlich Versand).

Der Einzelpreis des Heftes von € 4,- ist für  
GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthal-  
ten. Auflage: 4.400 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH

Layout: Waso Koulis, Michael Hüttenberger

Illustration: Katja Rosenberg

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.12.2006

Redaktionsschluss: 20.10.2006

### Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

überall in den „gesamtschulrelevanten“  
Bundesländern hat die Schule wieder  
begonnen, der September beschert nur  
Bayern und Baden-Württemberg noch  
freie Tage, Sommerferien im meteorolo-  
gischen Herbst. Meteorologisch gesehen  
war der zurückliegende Sommer im Juli  
zu heiß und zu trocken, der August zu  
kalt und zu nass. Mittelmaß scheint es  
beim Wetter nicht mehr zu geben, ob-  
wohl es in diesem Fall sogar gesund wäre.

Mittelmaß ist auch ansonsten nicht  
angesagt, deshalb werden Spitzenleistun-  
gen schon mal mit unerlaubten Mitteln  
erzwungen, den Radsportfreunden hat  
es dadurch die Freude an der „Tour de  
France“ verhagelt. Eitel Sonnenschein  
hingegen bei der Fußball-WM im ei-  
genen Lande. Spitzenleistungen durch  
neue Methoden, Anerkennungskultur,  
positive Motivation? Ursula Helmke  
geht im Kommentar dieser Frage nach  
und kommt zu dem Schluss, dass das  
deutsche Schulsystem sich einiges vom  
„System Klinsmann“ abschauen könnte.  
Aber, fragt sich der Fußballfachmann,  
war das wirklich das System oder „nur“  
die Person Klinsmann? Die ersten Quali-  
fikationsspiele zur EM werden es zeigen.

Weit weg von der Qualifikation für die  
europäische Spitze – und damit auch  
außerhalb jedes Dopingverdachtes – ist  
der Englischunterricht an deutschen  
Schulen. Die Ergebnisse der DESI-Stu-  
die, die Christa Lohmann in ihrem Bei-  
trag aufzeigt, sind erschreckend und in-  
akzeptabel für Gesamtschulen. Bislang  
ist diese Studie wenig beachtet worden.  
Wir meinen, das muss sich ändern. Im  
Inneren dieser Ausgabe der Gesamt-  
schul-Kontakte befindet sich deshalb  
eine Extra-Ausgabe zu diesem Thema,  
die herausgenommen und separat weiter  
verbreitet werden kann. Sie liegt auch  
als Sonderdruck vor und kann in der  
Geschäftsstelle angefordert werden.

In der „eigentlichen“ Ausgabe der Ge-  
samtschulkontakte nimmt Klaus-Dieter  
Harder aus Elternsicht Stellung zur  
DESI-Studie und betrachtet kritisch  
die Gesamtschule als (k)eine Schule für  
alle.

Die Serie über den Stand der Umset-  
zung der Bildungsstandards in den  
Bundesländern setzten wir fort mit  
einem Beitrag von Ursula Helmke über  
Mecklenburg-Vorpommern.

Zu der inzwischen von der Kultusmi-  
nisterkonferenz beschlossenen neuen  
Fassung der „Vereinbarung über die  
Schularten und Bildungsgänge im Se-  
kundarbereich I“ nimmt Ingrid Wenz-  
ler Stellung.

Bildungspolitische Nachrichten aus den  
Ländern haben natürlich auch in dieser  
Ausgabe wieder ihren festen Platz. Be-  
sonders hingewiesen sei dabei auf den  
Norddeutschen Kongress in Hamburg  
vom 21. – 23. September 2006.

Alle Beiträge der Gesamtschul-Kon-  
takte sind im Internet (unter [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de) und [www.gesamtschulverband.de](http://www.gesamtschulverband.de)) zu finden (als Ausgabe  
im pdf-Format), die Möglichkeit zum  
„downloaden“ inbegriffen.

Und nun, liebe Leserinnen und Leser,  
hoffe ich, dass Sie ein wenig Zeit fin-  
den weiter zu lesen, schließlich sind  
außer der Fußball-WM und der Tour  
de France inzwischen auch u.a. die  
Schwimm- und die Leichtathletik-EM  
vorbei. Und ein legaleres Doping als die  
Lektüre der Gesamtschul-Kontakte zur  
Einstimmung auf das bevorstehende  
neue Schuljahr kann es nicht geben,  
meint

Ihr



Michael Hüttenberger

## Zur Umsetzung der Bildungsstandards in den Bundesländern

### Zum Beispiel: Mecklenburg-Vorpommern

von Ursula Helmke

Die aktuelle schulpolitische Situation Als eines der ostdeutschen Länder, die nach der Wende 1989 auch schulpolitisch in große Turbulenzen gerieten, kann Mecklenburg-Vorpommern unsere besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Dem Neankömmling im Kreis der norddeutschen Länder boten sich mehrere Nachbarn zu Rat und Unterstützung an, auch die GGG und GEW waren bemüht, ihre bildungspolitischen Kenntnisse und Erfahrungen zu übermitteln. Einer der uns „Westlern“ am bedeutsamsten erscheinenden Ratschläge war der, besonnen und abwägend das bisherige Schulsystem mit den westlichen Vorschlägen zu vergleichen, eher behutsam zu reformieren, nicht das gesamte System vorschnell zu kippen. Aber lange angestaute Frustrationen und empfundene Kränkungen über vermeintlich oder tatsächlich durch die „Einheitsschule“ unterdrückte Leistungspotentiale waren zu übermächtig, Aufschub konnte im Spiel der politischen Kräfte nicht gewährt werden.

So entstand bis April 1991 das Erste Schulreformgesetz unter einer CDU/FDP-Regierung, das vorläufig gelten sollte, aber vor allem dem Zweck diente, das gegliederte System des Westens einzuführen. Massive Proteste aus den verschiedensten Bevölkerungsgruppen kamen nicht zum Zuge, das Land wurde mit der Hypothek eines unzumutbaren Bildungssystems belastet. Im Zweiten Reformgesetz von 1996 bestätigte die CDU/SPD-Koalition die Gliederung, obwohl wegen des rapiden Schülerrückgangs eine Schulnetzausdünnung und auch eine erhebliche Personalreduktion notwendig waren.

Erst die rot-rote Koalition schickte sich seit 1998 an, bei der Notwendigkeit weiterer Standortrevisionen zugleich inhaltliche Reformen zu planen, konnte sich jedoch

trotz PDS-Antrag nicht auf eine Schulart unabhängige Orientierungsstufe verständigen; immerhin wurden die Haupt- und Realschule vereinigt. Bis 2006 blieben die Jahrgänge 5 und 6 entweder ans Gymnasium oder die übrigen Verbundschulen (H-/R als Regionale Schulen und Gesamtschulen) gebunden, was die Selektion nach Klasse 4 fortschrieb. Erst die PISA-Erkenntnisse, die darauf folgenden Beschlüsse der Kultusminister zu den Bildungsstandards sowie der weiter eklatante Schülerschwund unterstützten eine weitergehende Reform. Am 13. Februar 2006 wurde das neue Schulgesetz beschlossen, und man kann nur hoffen, dass die darin enthaltenen weiterführenden Ansätze auch nach der Wahl im September dieses Jahres weiter Bestand haben oder gar ausgebaut werden können.

### Das neue Schulgesetz

Die Schulgesetznovelle 2006 wird für die Öffentlichkeit von einer gut lesbaren Broschüre begleitet, die nachvollziehbar argumentiert, die wesentlichen Änderungen plausibel ableitet und eine gute Quelle für Eltern und Lehrkräfte darstellt, sich mit der Philosophie und den relevanten Themen der aktuellen bildungspolitischen Diskussion vertraut zu machen. Es ist erkennbar, dass das Gesetz von „roten“ Ideen eines chancengerechten Bildungssystems inspiriert ist, wenngleich man sich noch deutlichere Schritte wünschen kann. So könnte z.B. eine mögliche Verschmelzung aller Bildungsgänge (nicht nur H/R) der Jahrgänge 7-10 nach den jetzt zu integrierenden Jahrgängen 5 und 6 deutlicher geöffnet werden, sei es aus pädagogischer Einsicht oder wenigstens demografischer Notwendigkeit; immerhin beginnt das Gymnasium jetzt erst mit Jahrgang 7. Allerdings ist es nicht ganz unverständlich, wenn die Erfahrung

mit den bisherigen „Reformen“ vorerst allzu große Entwicklungsschritte scheut.

Einen starken Reformimpuls versucht die Broschüre immerhin mit ihrem Motto „GUTE SCHULE ... das neue Schulgesetz“.

Vier Säulen des neuen Gesetzes werden hervorgehoben und erläutert:

- Eine sich wandelnde Gesellschaft benötigt eine veränderte Schule (Wissensgesellschaft, Internationalität, mehr gesicherte Leistung, Chancengleichheit)
- „Längeres gemeinsames Lernen“ (die integrierte Orientierungsstufe)
- mehr Selbstständigkeit und Verantwortung für die Schulen (neue Steuerung)
- Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung (Evaluation und Standards).

### Die qualitätssichernden Maßnahmen im Zusammenhang

Die den Ländern durch KMK-Beschluss aufgegebenen Umsetzung der beschlossenen Standards für den Mittleren Bildungsabschluss ist in den Verordnungen und Gesetzen für die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern nur indirekt zu erschließen. Die notwendigen Veränderungen in Schule und Lernen werden auf den *Erwerb von Kompetenzen* (hier eher traditionell verstanden als Sach-, Methoden- und Sozialkompetenz) abgestellt, die zu den *klaren Standards* führen sollen, wie sie in den *Rahmenplänen* ausgeführt seien, auf denen wiederum die Abschlussprüfungen basieren. Es kann nur vermutet werden, dass diejenigen Fortbildungsveranstaltungen des Landesinstituts für Schule und Ausbildung (L.I.S.A), die „Organisation von Lernprozessen in Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen usw.“ anbieten, sich auch gezielt der Umsetzung im fachspezifischen Kompetenzaufbau widmen wie auch der Weiterentwicklung des Lehrens und Lernens insgesamt. Erkennbar ist eine Intention zur Umsetzung der Standards am deutlichsten unter dem vierten Punkt (s.o.).

Doch schon die vorigen Gesetzesausgaben enthielten Maßnahmen zur Qualitätssicherung wenigstens durch Prüfungen, die

allerdings eher auf die Schülerinnen und Schüler gerichtet waren und deren Selektion legitimierten.

### Abschlussprüfungen

1. Bereits im Gesetz von 1991 wurden zentrale Abschlussprüfungen für alle Bildungsgänge der Sekundarstufe I festgeschrieben; hier wurde die frühe Patenschaft Schleswig-Holsteins in der Beratung erkennbar.

In der jetzt neuen Philosophie der „Guten Schule“ werden die Prüfungen neben weiteren Evaluationen der *Output-Orientierung* zugeordnet und der Akzent auf die *Verantwortung der Schulen und Lehrkräfte* verschoben, deren Aufgabe darin besteht, deutlicher fokussierte Ziele auch tatsächlich zu erreichen.

2. Den zentralen Abschluss der Sekundarstufe I bildet nach der neuen Verordnung die Prüfung zum Erwerb der „Mittleren Reife“ nach der Jahrgangsstufe 10 übergreifend *in allen* Bildungsgängen. Die Aufgaben werden zu 50 % zentral vorgegeben (LISA), weitere 50 % müssen schulintern aus einem Pool hinzu gewählt werden. Das nach Durchschnittsnote qualitativ gestufte Ergebnis enthält unterschiedliche Berechtigungen: Das einfache „Bestanden“ berechtigt zum Besuch der Fach- oder Fachoberschule, das Prädikat „gut bestanden“ (1,5 bis 2,4) zum Besuch der *dreijährigen* gymnasialen Oberstufe, das Prädikat „sehr gut“ (1,3 bis 1,4) plus Teilnahme an einer 2. Fremdsprache zum Besuch der *zweijährigen* Oberstufe (Qualifikationsphase).

Auch im Gymnasium und der (kooperativen und integrierten) Gesamtschule haben die Schülerinnen und Schüler am Ende der Jahrgangsstufe 10 diese Prüfung abzulegen. Erst ihr Bestehen ist dem Erwerb der Mittleren Reife gleichgestellt und erlaubt den Eintritt in die Jahrgangsstufe 11.

3. Schülerinnen und Schüler, die nach der Klassenstufe 9 die Schule verlassen, erhalten mit Erreichen des Klassenziels die (einfache) „Berufsbildungsreife“ bescheinigt, die sie durch eine *Leistungsfeststellung* auf freiwilliger Basis weiter qualifizieren können. Mit der erfolgreichen Beendigung der 10. Jahrgangsstufe und bestandener Abschlussprüfung erwerben sie die Mittlere Reife, die

je nach erreichter Durchschnittsnote alle o.a. Berechtigungen enthält.

### Leistungsvergleiche

M-V hat sich verpflichtet, an allen nationalen und internationalen Vergleichsstudien wie VERA, IGLU, PISA, DESI teilzunehmen. Diese Verpflichtung bedeutet zweifellos, dass in der Vorbereitung und Auswertung das kompetenzorientierte Lernen und die erwarteten Standards internalisiert werden (können).

Hinzu kommen *Lernstandserhebungen* bzw. *Vergleichsarbeiten* auf freiwilliger oder zukünftig verpflichtender Basis (Jahrgänge 6 und 9). Die Aufgaben werden dazu wiederum zur Hälfte zentral vorgegeben, ebenfalls die Bewertungsmaßstäbe, die andere Hälfte aus einem Vorschlagspool hinzu gewählt.

Die bisherigen Ergebnisse dieser Vergleiche wurden bereits auf die sozialen Bedingungen der Schulstandorte bezogen, und es ist beabsichtigt, diese *Kontextualisierung* weiter zu intensivieren und zu einem „best-practice“-Verfahren auszubauen, regionale Schulk Kooperationen zum Zwecke produktiver Auswertung werden angeregt.

### Interne und externe Evaluation

Das Vorhaben, den Schulen mehr Selbstständigkeit zu geben (Budget, Personal), wird zukünftig außer durch die Leistungsuntersuchungen und Prüfungen der Schülerinnen und Schüler von turnusmäßigen Evaluationen der gesamten schulischen Arbeit flankiert, durch die Schulen und Schulaufsicht ihre Ergebnisse überprüfen und verlässlich weiter entwickeln sollen. Zur *internen Evaluation* wird die Schule eigenverantwortlich verpflichtet. Eine eigene Steuergruppe wird je Schule die Durchführung und Auswertung übernehmen. Umfänglich sollen außer den Leistungen der Schüler auch das Schulklima und -image, die Unterrichtsgestaltung und -effektivität sowie die Arbeit der Schulgremien und die Beteiligung von Eltern und Schülern erhoben, ausgewertet und dokumentiert werden.

Die *externe Evaluation* wird von Teams „von außerhalb“ in mehrtägigen Besuchen vorgenommen werden. Die Gruppe setzt sich aus je einem Vertreter/ einer Vertrete-

rin des L.I.S.A., der Schulaufsicht und der Schulleitung einer vergleichbaren Schule der Region zusammen. Es werden u.a. der Unterricht, die Schulkultur, das Management, Strategien der Qualitätsentwicklung, die Professionalität der Lehrpersonen und die Personalentwicklung unter die Lupe genommen. Grundlage der Beurteilung sind Arbeitsdokumente der Schule, Unterrichtshospitationen und Interviews aller Personengruppen. Die Auswertung erfolgt im Institut, anschließend wird sie in einem umfassenden Bericht an die Schule zurückgemeldet. „Die Evaluation prüft besonders, ob Schulen die von der Kultusministerkonferenz vereinbarten Bildungsstandards einhalten“, heißt es in der Broschüre – was vorläufig als vage Absichtserklärung erscheinen muss, da Standards erst in konkreten Aufgaben und deren Validierung extern (Institut für Qualität der Bildung, IQB) erarbeitet worden sein müssen. Landesinstitut und Schulaufsicht sind aufgerufen, die Schulen bei der weiteren Verbesserung der Schulqualität im Anschluss an die regelmäßigen Evaluationen zu unterstützen.

Letzte und besonders wichtige Grundlage der Evaluation: Das Schulprogramm. Alle Schulen werden zur Entwicklung eines Schulprogramms verpflichtet, auf dessen Grundlage sich zukünftig ihre Schularbeit entfaltet und ihre Qualitätsentwicklung gemessen wird. Es muss sich auf die je spezifische Schüler- und regionale Bevölkerungsstruktur beziehen und deren Voraussetzungen und Bedürfnisse in den Zielen und Arbeitsweisen berücksichtigen. Schulen werden somit herausgefordert, sich über inhaltliche und strukturelle Konzepte zu verständigen und ein Leitbild ihrer Arbeit zu formulieren. Der Schulträger muss in die Entwicklungsplanung einbezogen werden; die Schulaufsicht stellt vor der Genehmigung sicher, dass die Gleichwertigkeit hinsichtlich des Unterrichtsangebots gegeben ist und die *Standards nach den Anforderungen der Bildungsgänge* (die müssten sich nach den Ergebnissen der Abschlussprüfungen definieren) erreicht werden können. Entsprechend den Ergebnissen der Evaluation wird das Schulprogramm fortgeschrieben. In der Unterrichtsorganisation, der Koo-

peration mit außerschulischen Partnern und der Gestaltung von Wahl- und Wahlpflichtangeboten haben die Schulen im Benehmen mit dem Schulträger einige Freiheit. Ausgeführte Beispiele geben attraktive Anregungen.

### Schlussbemerkung

Wenn man die strukturellen und organisatorischen Probleme bedenkt, denen der weitläufige Flächenstaat M-V bei nahezu Halbierung der Schülerzahl seit 1994

ausgesetzt ist, erscheint das vorliegende immense Arbeitspaket schier erdrückend. Die äußeren Bedingungen von Schulschließungen, Zusammenlegungen, Lehrerentlassungen oder –versetzungen sowie Einsatz an mehreren Standorten zur Versorgung mit qualifiziertem Fachunterricht sind hoch belastend. Sie bringen ständige organisatorische Unruhe und personelle Instabilität mit sich, die eine gestaltende Mitarbeit und die Identifikation mit der Schule für alle Beteiligten erschweren.

Zumal die integrierten Gesamtschulen, die am ehesten die demografischen und organisatorischen Zwänge lösen helfen könnten, stehen dabei unter mehrfachem Konkurrenzdruck, so dass sich auch ihre Anzahl von 16 im Schuljahr 2001/ 2002 auf 12 im Schuljahr 2005/ 2006 verringerte. Da sind die Köpfe z.Z. nicht recht frei für besondere Bemühungen um eine gesamtschulspezifische Umsetzung der Standards in neues, kompetenzorientiertes Lernen. ♦

## Bildungs-Politik

# Fachleistungsdifferenzierung – Was bringt die neue Vereinbarung der Kultusministerkonferenz für die Gesamtschulen?

von Ingrid Wenzler

Am 1./2 Juni 2006 beschloss die Kultusministerkonferenz die neue Fassung der „Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I“. Dieser Beschluss legt fest, unter welchen Bedingungen die Abschlüsse nach Klasse 9 und 10 aller Schulformen der verschiedenen Bundesländer bundesweit anerkannt werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei für die Gesamtschulen die Differenzierungsvorschriften. Welche Kurse müssen eingerichtet und besucht werden, um z.B. den Mittleren Abschluss oder die Berechtigung zum Eintritt in die gymnasiale Oberstufe zu erreichen?

### Kurzer Rückblick

Die GGG hat sich in den letzten Jahren überaus intensiv in die Beratungen eingeschaltet. Ihr Ziel war (und bleibt) es, den Schulkonferenzen der Gesamtschulen das Recht zu verleihen, über die Gestaltung der Bildungsgänge an der jeweiligen Schule selbst zu bestimmen. Gesamtschulen sollen eigenverantwortlich neue Integrationsmodelle entwickeln und realisieren können. Die GGG tritt dafür ein, dass Gesamtschulen in einzelnen Fächern oder Jahrgängen oder vollständig auf die

Kurseinteilung ihrer Schüler und Schülerinnen verzichten können. Bisher hatte es geheißen, die Vergleichbarkeit der Leistungen könne nur durch Unterricht auf verschiedenen hohen Kursniveaus gesichert werden. Aber dieses Argument verliert die letzte Überzeugungskraft, da doch in fast allen Bundesländern zentrale Abschlussprüfungen in Klasse 10 eingeführt werden. Außerdem sind für die Fächer Deutsch, erste Fremdsprache, Mathematik und Naturwissenschaft, das heißt für alle pflichtdifferenzierten Fächer, Standards entwickelt worden, die in den Ländern umgesetzt werden. Wozu also zusätzlich auch noch die Organisation detailliert festlegen? International ist es Standard, dass genau dies die Aufgabe der eigenverantwortlichen Schule ist. Dort werden die Anforderungen („Standards“) zentral festgelegt und den Schulen vorgegeben. Wie diese Anforderungen erreicht werden, fällt in die Verantwortung der Schule.

Das zentrale Argument der GGG gegen die Verpflichtung zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung ist aber, dass dadurch jede wirklich integrative Pädagogik blockiert und verhindert wird. Die besonderen Leis-

tungen integrativer Pädagogik sind durch PISA auch in Deutschland wieder zur Kenntnis genommen werden. Sie sind in den Gesamtschulen Deutschlands zu studieren, die so arbeiten und entsprechende Konzepte realisieren. Die GGG hat einige dieser Konzepte in Heft 56 der Blauen Reihe und fortlaufend in den Gesamtschulkontakten dokumentiert. Die GGG hat diese Argumente den politisch Verantwortlichen in langen Jahren und vielen Formen immer wieder vorgetragen, insbesondere im Zeitraum der Überarbeitung der Vereinbarung für die Anerkennung der Schulabschlüsse im Sekundarbereich I.

### Themen der KMK-Beratungen

Im Mittelpunkt der Überarbeitung der KMK-Vereinbarung standen zwei Punkte:

1. Wie lange dauert die Mittelstufe des Gymnasiums angesichts der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre? Endet dort die Mittelstufe nach der 9. oder der 10. Klasse?
2. Wie werden die Bildungsgänge an „Schulen mit mehreren Bildungsgängen“ gestaltet? Das sind Gesamtschulen, aber auch die zusammengefassten Haupt- und Realschulen, die es in vielen Bundesländern unter den verschiedensten Bezeichnungen gibt.

Während einige konservativ regierte Bundesländer forderten, am Gymnasium nach Klasse 9 die Mittlere Reife zu vergeben und die Oberstufe in Klasse 10 beginnen zu lassen, lehnten das sozialdemokratisch geführte Bundesländer ab. Sie traten für die Beibehaltung der zehnjährigen Schulpflicht ein.

Umgekehrt zeigten viele SPD-geführte Länder Sympathie für die Forderung der GGG nach Aufhebung der Pflicht zur Fachleistungsdifferenzierung. Dies stieß allerdings auf Widerstand bei konservativ geführten Bundesländern.

Da in der KMK das Einstimmigkeitsprinzip herrscht, wurde ein „Paket“ geschnürt und bezüglich der Differenzierung folgende Formulierung beschlossen:

*3.2.5 An Schularten mit mehreren Bildungsgängen wird der Unterricht entweder in abschlussbezogenen Gruppen oder – in einem Teil der Fächer – leistungsdifferenziert auf mindestens zwei lehrplanbezogen definierten Anspruchsebenen in Kursen erteilt. Anstelle von Kursen können zur Vermeidung unzumutbar langer Schulwege und zur Erprobung besonderer pädagogischer Konzepte klasseninterne Lerngruppen in Deutsch und in den naturwissenschaftlichen Fächern in allen Jahrgangsstufen, in Mathematik nur in der Jahrgangsstufe 7 gebildet werden.*

*Für den leistungsdifferenzierten Unterricht gilt: Der Unterricht auf verschiedenen Anspruchsebenen beginnt in Mathematik und in der ersten Fremdsprache mit Jahrgangsstufe 7, in Deutsch in der Regel mit Jahrgangsstufe 8, spätestens mit Jahrgangsstufe 9, in mindestens einem naturwissenschaftlichen Fach (in Physik oder Chemie) spätestens ab Jahrgangsstufe 9.*

*Aus demographischen bzw. schulstrukturellen Gründen können in den genannten Fächern klasseninterne Lerngruppen auf weitere Jahrgänge ausgedehnt werden.*

#### **Zur Einschätzung des Beschlusses**

Wenn man bedenkt, dass es ein erklärtes „Leitprinzip in diesem Prozess“ war, die Gestaltungsfreiräume der Länder zu erhöhen und dies so erläutert wird:

*„Rahmenvorgaben statt Detailregelungen sollen den einzelnen Ländern größere Gestaltungsfreiräume eröffnen, um so die föderale Vielfalt des Bildungswesens zu stärken. Damit werden unterschiedliche, aber gleichwertige Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den Ländern gegenseitig akzeptiert“;*

so mutet die Vereinbarung unter Punkt 5 geradezu grotesk an. Sie ist das genaue

Gegenteil des Leitprinzips. Es ist eine Bestimmung voller Detailregelungen, bis in Einzelheiten hinein, wo eine großzügige Rahmenvorgabe möglich gewesen wäre. Die GGG schlug vor, wenigstens die Worte „in Kursen“ zu streichen. Der gesamte Text nach Satz 1 könnte dann entfallen. Der Rahmen wäre klar, die Detailregelungen überflüssig. Und in Punkt 5.2.5 ist festgehalten, welche Leistungshöhe für welchen Abschluss erforderlich ist.

Damit wäre viel erreicht gewesen. Denn dass unterschiedliche Anspruchsebenen anzubieten sind, ist evident und nicht umstritten. Warum aber kursbezogen? Warum nicht individualisierend? Warum zwei oder drei Ebenen, wo individuelle Förderung ganz andere Lernkonzepte braucht? In den Gesamtschulen macht es einen Unterschied ums Ganze, ob der Unterricht auf diesen Anspruchsebenen „erteilt“ wird oder „in Kursen erteilt“ wird. Im ersten Fall ist eine Kurszuweisung *nicht* erforderlich. Schüler und Schülerinnen erhalten das Angebot aller Anspruchsebenen und bearbeiten, was ihnen möglich ist. Die Erfahrung aller so arbeitenden Schulen ist es, dass sich Schüler und Schülerinnen verbessern, weil sie selbst ein Interesse daran entwickeln, anspruchsvollere Aufgaben zu bewältigen. Warum wird solches Arbeiten den Gesamtschulen verwehrt? Die Streichung der Worte „in Kursen“ hätte beide Optionen gleichberechtigt gemacht: die Einrichtung von Kursen und den Verzicht darauf. Die Standards geben die Orientierung vor. Abschlussprüfungen überprüfen deren Erreichung. Wo ist das Problem?

Die Neuigkeit, und das heißt die Kompromissformel, liegt in den letzten beiden Zeilen der Bestimmung 3.2.5. Die Kurszuweisung bleibt in dieser Formulierung allerdings erhalten. Denn „klasseninterne Differenzierung“ besagt: Die Schüler und Schülerinnen sind dem jeweiligen Kursniveau zuzuweisen. Schüler und Schülerinnen verschiedener Kursniveaus können nun unter bestimmten Bedingungen in einer Lerngruppe durch eine Lehrkraft unterrichtet werden, so dass die Lerngruppe aus Klasse 5 und 6 auch in weiteren Jahrgängen personell erhalten bleibt.

Diese Regelung ist ein so minimaler Fortschritt, dass er kaum als Kompromiss ge-

wertet werden kann. Die KMK verweigert das gemeinsame Lernen von Schülern und Schülerinnen ohne äußere Aufteilung mit einer Energie, als ob es gelte, den Leibhaftigen abzuwehren. Denn was sind „schulstrukturelle Gründe?“ Die Fälle sind nicht weiter definiert. Die Formulierung ist wohl so zu deuten, dass das jeweilige Ministerium im Sinne des zitierten Leitprinzips erhöhter Gestaltungsspielräume definieren kann, wann schulstrukturelle Gründe für klasseninterne Differenzierung gegeben sind. Hier wird erst die Praxis der Länderministerien erweisen, ob dieser Passus wirklich eine Veränderung darstellt. Wenn die Länder hohe Anforderungen an die Genehmigung klasseninterner Differenzierung stellen, werden sie diese faktisch blockieren. Wenn sie diese Möglichkeiten aber offensiv propagieren und die Gesamtschulen ermutigen, klassenintern zu differenzieren, kann die neue Vereinbarung hilfreich werden. Es wird also von der Praxis der Länderministerien abhängen, ob hier wirklich ein Fortschritt erreicht werden kann.

#### **Überlegungen zum Umgang mit der Vereinbarung**

Damit ist auch schon der wichtigste Arbeitsschwerpunkt der GGG nach Abschluss der Vereinbarung benannt. Viel wird von der Umsetzung des Formelkompromisses durch die Länderministerien abhängen. Ein defensiver Umgang damit schwächt die integrativen Bemühungen von Gesamtschulen, ein offensiver Umgang stärkt sie. Hier wird die GGG aktiv werden, um in den Ländern eine so integrationsfreundliche Praxis wie möglich zu erreichen. Es gibt nämlich eine zunehmende Zahl von Gesamtschulen, die klasseninterne Differenzierung diskutieren, wünschen oder bereits in einzelnen Fächern eingeführt haben. Sie brauchen Raum, Ermutigung und Unterstützung. Die GGG wird als weiteren Arbeitsschwerpunkt durch ihren Arbeitskreis KMK den Prozess in den interessierten Gesamtschulen weiter begleiten, Schulen unterstützen, indem sie gute Beispiele sammelt und veröffentlicht, Kontakte stiftet, Beratung anbietet. Die minimale Öffnung, die der KMK-Beschluss vom 1./2. Juni 2006 bringt, lassen wir nicht ungenutzt. ♦

## Gesamtschule ist (k)eine „Schule für alle“

von Klaus-Dieter Harder

*„Der Bayerische Elternverband freut sich über die Studie „Deutsch Englisch Schülerleistungen International“, die deutlich zeigt, wie schlecht die Lernchancen an den Schularten sind, die mit den Gymnasien konkurrieren müssen - an den Hauptschulen und den Gesamtschulen. „Kultusminister Schneider hat völlig Recht, wenn er den deutschen Gesamtschulen schlechte Lernbedingungen attestiert“, sagte die Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbands, Ursula Walther. „Er unterschlägt bei seiner Analyse aber zweierlei: Erstens dass die Hauptschulen auch schlecht abschneiden, und zweitens, dass die Gesamtschulen deutscher Prägung nur die Schüler haben, die übrig bleiben, nachdem die Leistungsfähigeren ins Gymnasium abgewandert sind.“*  
**Zitat aus einer Pressemitteilung des Bayerischen Elternverbands vom 7. März 2006**

Wenn in Bayern von den Eltern die Schulstrukturfrage gestellt wird, dann scheint in unserem Schulsystem einiges im Argen zu liegen!

Die derzeitige politische Akzeptanz der Gesamtschule ist unbefriedigend. In der öffentlichen bildungspolitischen Auseinandersetzung herrscht Zustimmung ebenso wie Ablehnung, vor Ort findet die Gesamtschule jedoch große Resonanz.

Der Begriff „Gesamtschule“, politisch in Misskredit geraten, darf und sollte nicht durch einen anderen ersetzt werden, weil die Ablehnung der Gesamtschulen sonst noch mehr zunimmt. In einigen Bundesländern werden für das integrierte Schulsystem bereits Namen benutzt wie Mittelschule, Regionalschule, regionale Schule, Sekundarschule und - seit neuestem in Schleswig-Holstein in der Diskussion - Gemeinschaftsschule. Grundlage für diese Schulart ist das Konzept der integrierten Gesamtschule. Weshalb also dieser Etikettenschwindel? Angeblich wegen der demografischen Entwicklung der Schülerzahlen in den nächsten Jahren, welche laut statistischen Berechnungen rückläufig sind. Ist der Begriff „gesamt“ ideologisch nicht mehr vertretbar? Muss deshalb dieser ge-

gen „Gemeinschaft“ ausgetauscht werden? Beide Bezeichnungen beinhalten die Integration von Kindern und Jugendlichen. Diese bilden eine Einheit in dieser Schulform, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten und Leistungen. Gerade die Grundschule mit ihrer extrem heterogenen Schülerschaft zeigt, welches Lernpotenzial gemischte Gruppen haben. Durch die Selektion auf die drei Schularten geht dieses verloren, wie einschlägige Studien zeigen. Der Anspruch der Gesamtschule „eine Schule für alle“ bzw. die Fortsetzung der Grundschule zu sein, wird auch nur dort erfüllt, wo diese Schulform flächendeckend angeboten werden kann und nicht versprenkelt über die Fläche.

Politisch und auch volkswirtschaftlich wurde dies nie berücksichtigt oder diskutiert. Jedes Bundesland erklärt sich in Sachen Bildung für autark. Der Wechsel in ein anderes Bundesland ist für viele Familien geradezu abenteuerlich, da die erworbenen Schulabschlüsse oder Lernniveaus nicht gleichwertig sind und zum Teil nicht anerkannt werden. Dies zeigt sich bei den Lehrplänen und Beurteilungen, aber auch bei der Beteiligung von Eltern und Schule. Solange die Gesamtschule mit dem dreigliedrigen Schulsystem konkurriert, muss sie sich ihrem Anspruch gemäß weiter entwickeln, indem sie Konzepte für eine andere Lern- und Lehrkultur verwirklicht. Sie muss sich das Ziel setzen, mindestens genauso gut, besser aber noch besser zu sein als das dreigliedrige Schulsystem - das ist die Grundvoraussetzung, um sich gegenüber dem herkömmlichen Bildungssystem zu behaupten. An den Gesamtschulen bietet sich durch die Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien auf acht Jahre darüber hinaus die Chance für die SchülerInnen, sich ihren individuellen Lernphasen entsprechend zu entwickeln.

Dies bedeutet jedoch: Die Gesamtschule muss sich dieser Herausforderung stellen und die Bandbreite ihrer SchülerInnen entsprechend fördern. Die Heterogenität der Lerngruppen sollte beibehalten werden.

Dem steht der Beschluss der Kultusministerkonferenz zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung gegenüber, welcher das dreigliedrige Schulsystem widerspiegelt und damit die Entfaltung einer integrativen Entwicklung an Gesamtschulen beeinträchtigt.

### **Heterogenität ist eine Tatsache, Vielfalt eine Bereicherung.**

Die Gesamtschule muss sich an den wegweisenden bildungspolitischen Diskussionen intensiv beteiligen, ohne ihre eigenständige Zielsetzung aufzugeben. Sie muss die Förderung aller SchülerInnen in ihrer Vielfalt als wichtigste Aufgabe sehen, somit ist die Weiterentwicklung der Grundforderung zur inneren Differenzierung ein Muss. Die Gesamtschule muss als pädagogischer Arbeitsplatz für LehrerInnen attraktiv gemacht werden, und an den Universitäten müssen die Studiengänge für Lehramtsanwärter reformiert werden, was zur Folge hätte, dass nur noch Lehrer für Grundschule, Sekundarstufe I und Gymnasiallehrer ausgebildet werden. Das käme auch dem Haushalt zugute. Die Lehrerbildung muss anerkennen, dass Heterogenität bei SchülerInnen eine Tatsache ist und muss sich daran orientieren.

Die Gesamtschule ist auch im 21. Jahrhundert eine folgerichtige Zielsetzung in der Bildungspolitik, da die Grundprinzipien soziale Integration, Chancengleichheit und innere Differenzierung aktueller sind denn je. Eine Alternative für die schulpolitische Zukunft gibt es nicht.

Voraussetzung für diese Umsetzung dieses Ziels ist ein breites Bündnis von LehrerInnen, Gewerkschaften, BildungspolitikerInnen, SchülerInnen und Eltern, wobei letztere nicht nur das Wohl ihres Kindes sehen sollten, und die augenblickliche Situation auf dem Arbeitsmarkt. Gesamtschule kann nur gelingen, wenn wir vom Konzept und der Umsetzung überzeugt sind. Wir dürfen nicht unsere Schulzeit mit der unserer Kinder gleichsetzen. Wir können unsere Kinder oft nur begleiten und unterstützen. Wie sie lernen und was sie lernen, entscheiden sie selbst, da können wir noch so viel Druck machen oder Nachhilfeunterricht vorsehen. Nur wer freiwillig und mit Spaß lernt, ist motiviert und offen für Neues. ♦

## Einladung zur öffentlichen Mitgliederversammlung 2006

von Ingrid Wenzler

Die GGG lädt ihre Mitglieder sowie alle interessierten Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen aus den Gesamtschulen der Region herzlich zu einer hochaktuellen Informations- und Diskussionsveranstaltung ein. Es ist gelungen, die bekannte und renommierte Lehr- und Lernforscherin Prof. Dr. Elsbeth Stern als Hauptreferentin zu gewinnen. Sie wird ein Referat zu den Themenkreisen halten, die in nebenstehendem Kurzportrait in prägnanten Zitaten umrissen sind. Sowohl die Schulstruktur wie auch die Unterrichts- bzw. Lernkultur in den Schulen stehen aktuell im Zentrum der Bildungsdiskussion. Frau Prof. Stern hat die öffentliche Debatte durch markante und beachtete Beiträge mitgeprägt. Nach dem Referat besteht die Möglichkeit der Rückfrage und Diskussion mit Frau Stern.

Die Mitgliederversammlung der GGG findet am Samstag, 18.11.2006 in der IGS Braunschweig-Querum statt.

## Die IGS Braunschweig-Querum

von Raimund Oehlmann

Die Schule freut sich auf ihre Gäste und ist auch ein bisschen stolz darauf, der Veranstaltungsort für die GGG sein zu dürfen. Wir hoffen auf viele teilnehmende Mitglieder! Die integrierte Gesamtschule wird als vierzügige Schule vom 5. bis zum 10. Jahrgang und als Ganztagschule geführt. Dem Ganztagsbetrieb liegt ein integriertes Ganztagskonzept zugrunde, Förderunterricht und Übungen werden nicht von „Hilfskräften“ angeleitet, sondern von den Kollegen und Kolleginnen erteilt, die „ihre“ Kinder aus dem eigenen Unterricht kennen. Die Schule wird stark nachgefragt und kooperiert eng mit der IGS Franzches Feld, zu der auch der Großteil der Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe geht, die einen erweiterten Sekundar-I-Abschluss erhalten haben. Das Schulprofil wird im Folgenden kurz vorgestellt:

### 1. Dem Einzelnen gerecht werden:

Zwei Tutoren begleiten „ihre“ Kinder von der 5. bis zur 10. Klasse. Es gibt differenzierende Aufgabenstellungen und ein von den KMK-Vorschriften abweichendes Differenzierungsmodell. Schülerinnen und Schüler erhalten bis Klasse 7 einschließlich je Halbjahr einen

Lernentwicklungsbericht und einen auf die individuelle Schülerpersönlichkeit bezogenen Brief der Tutoren über den Leistungsstand und die persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Die Schüler/innen antworten auf diesen Brief aus ihrer Perspektive.

Die Schule hält Förder- und Förderangebote vor, z.B. eine „Leseolympiade“ zur Leseförderung.

### 2. Das andere Lernen:

Im Schulprogramm ist die Durchführung von mehrwöchigen Projekten fest verankert; zusätzlich werden sog. Persönliche Projekte angeboten, die auch Bestandteil der mündlichen Prüfungen zum Schulabschluss sein können. Im Wochenplan sind vier Stunden „Freies Arbeiten/Wochenplanarbeit“ für jeden Jahrgang verankert.

Die Schule nutzt intensiv „außerschulische Lernorte“, z.B. zur Berufsorientierung, zur Umwelterziehung, durch die Beteiligung am bundesweiten Projekt „Stolpersteine“ usw. Die Anzahl der schriftlichen Klassenarbeiten ist zugunsten von Präsentationen, Vorträgen u.ä. verringert worden. Arbeit im Team ist der Regelfall, auch für Kollegen und Kolleginnen.

### 3. Schule als Gemeinschaft:

Jede Woche wird mit dem sog. „Klassenrat“ beendet. Die Tutoren besprechen mit ihren Schüler/innen Konflikte, Probleme in der Klasse.

Regelmäßig werden Schüler/innen zu Streitschlichtern ausgebildet. Die Schule führt den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und verpflichtet sich zu einer kontinuierlichen Bearbeitung. Die Schule ist eine Ganztagschule; die Klassen 5 – 7 essen mittags gemeinsam in der Mensa.

Schüler/innen und Eltern nehmen im Rahmen einer erweiterten Mitbestimmung aktiv an der Gremienarbeit teil.

### 4. Schule als lernende Organisation:

Die IGS Querum hat zusammen mit anderen Gesamtschulen und in Zusammenarbeit mit dem DIPF / Frankfurt die Evaluationsarbeit an niedersächsischen Gesamtschulen angestoßen und die APU (Arbeitsplatzuntersuchung) durchgeführt. In zwei sich anschließenden Projekten („Qualitätsnetzwerk niedersächsischer Schulen“ und „Eigenverantwortliche Schule“) hat die Schule ausgiebig Selbstevaluation betrieben. Inzwischen hat sie sich einer externen Evaluation unterzogen, einem Besuch der niedersächsischen Schulinspektion.

Aus den Evaluationsergebnissen haben wir konkrete Maßnahmen für den Schulalltag abgeleitet, z.B. die Einrichtung bilingualen Unterrichts und einer verstärkten Beachtung von Schülerrückmeldungen für den Unterricht.

Intern sichern 16 Dienstbesprechungen im Schuljahr die Planung von und Reflexion über Unterrichtsvorhaben. Diese Besprechungen finden außerhalb von Konferenzen entweder jahrgangs- oder fachbezogen statt.

Wer mehr über die Schule erfahren möchte, sieht sich auf der Homepage um. Dort findet man auch eine Anfahrskizze:

[www.igsquerum.de](http://www.igsquerum.de)

IGS Querum, Essener Strasse 85  
38108 Braunschweig,  
Fon: 0531/237460,  
Fax: 0531/23746-39 ◆

## Kurzportrait Elsbeth Stern

Prof. Dr. Elsbeth Stern, Jahrgang 1957, ist Forschungsgruppenleiterin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und Honorarprofessorin für Pädagogische und Entwicklungspsychologie an der Technischen Universität in Berlin.

Elsbeth Stern sieht sich als Lehr- und Lernforscherin. Die drei folgenden Zitate geben wesentliche Erkenntnisse aus ihren vielfältigen wissenschaftlichen Studien wieder.

„Verfechter des gegliederten Schulsystems argumentieren gern damit, dass es „begabungsgerecht“ sei, also die Kinder ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechend fördere ... An diese Aufteilung haben sich viele so sehr gewöhnt, dass sie sie als naturgegeben betrachten. Nun ist die Gewohnheit eine starke Macht, doch eine wissenschaftliche Begründung für die Gliederung des Schulsystems entlang der unterschiedlichen Begabungen gibt es nicht.“ (DIE ZEIT, 18.11.05)

„... müsse man auch falsche Vorstellungen der Kinder zulassen. Würden sie nicht artikuliert, könnten sie auch nicht korrigiert werden – und das aufgenommene Schulwissen sei nicht wirklich sicher verarbeitet. Daher ist für Stern der Umgang mit Schwächen und Fehlern die Nagelprobe für die Intelligenz der Schule. Dürfen sich Schüler so zeigen, wie sie sind, ohne Nachteile zu befürchten? Oder werden sie dazu gebraucht, so zu tun, als wüssten sie bereits, was sie doch erst lernen sollen? Stern setzt auf Grundschulen mit altersgemischten Klassen, denn Verschiedenheit rege an, ...“ (DIE ZEIT, 3.4.03)

„Der deutsche Schulunterricht ist lehrerzentriert. Man spricht von Osterhasenpädagogik: Der Lehrer versteckt das Wissen, und die Kinder müssen es suchen, indem sie Fragen beantworten. Schüler, die wissen, was der Lehrer gemeint hat, kommen gut raus, der Rest bleibt auf der Strecke. Besser lernt man, wenn man eigenständig eine komplexe Aufgabe bearbeitet, deren Lösung nicht auf den ersten Blick sichtbar ist. In einem derartigen Unterricht sind Lehrer natürlich stärker gefordert.“  
(Online-Redaktion *Bildung Plus / Focus*) ♦

## Programm der Mitgliederversammlung 2006

am Samstag, 18. November 2006, 11.00 - 16.00 Uhr  
in der IGS Querum, Essener Str. 85, 38108 Braunschweig

10.00 Uhr:

Offener Anfang bei Kaffee und Kuchen

10.30 Uhr:

Thema: **Schublade auf – Vorurteile raus – den Gesamtschulen leuchtet die Stern**  
Vortrag und Diskussion mit Elsbeth Stern

12.30 - 13.30 Uhr:

Mittagspause

NACHRUF ENDEWITZ

13.30 Uhr:

Mitgliederversammlung

### Tagesordnung

1. Eröffnung der Versammlung
2. Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatsprüfungskommission
3. Bestellung der Protokollant(inn)en
4. Genehmigung / Änderung der Tagesordnung
5. Genehmigung / Änderung des Protokolls der MV 2005
6. Bericht des Bundesvorstandes
7. Kassenbericht 2005
8. Revisionsbericht 2005
9. Aussprache zu den Berichten
10. Entlastung des Bundesvorstandes
11. Wahl von 2 Revisoren
12. Schwerpunkte der Vorstandsarbeit 2005/07
13. Strukturreform der GGG / Vorstellung der geplanten Satzungsänderung
14. Anträge (Antragsschluss: 30.9.2006)
15. Verschiedenes

15.00 Uhr:

Ende der Mitgliederversammlung

## Zum Tode von Herbert Enderwitz

Am 28. März 2006 feierte er seinen 100. Geburtstag, am 5. Juli 2006 ist Herbert Enderwitz gestorben. Dies teilte uns sein Sohn Mitte August mit.

Herbert Enderwitz, GEW-Vorsitzender in Hessen in den 60er Jahren, Gründungs- und Ehrenmitglied der GGG, Wegbereiter der Schulreform, war u.a. Mitbegründer einer der ersten Gesamtschulen in Deutschland.

Bis zu seinem Tode zeigte Herbert Enderwitz sein aktives Interesse an der Entwicklung der Bildungspolitik, er ermutigte uns stets, wünscht unserer Arbeit Erfolg, lebte mit. Er repräsentierte in seiner Person die Durchhaltekraft, die man für die demokratische Schulreform braucht, den langen Atem. Er verkörperte die Selbstbehauptungskraft der Idee und ihrer Organisation und Bewegung.

Die GGG wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. (elh)

## Aus Den Ländern

### Mecklenburg-Vorpommern

Nicht nur die GGG blickt gespannt auf die Landtagswahlen im September, weil sich dann zeigen wird, wie es mit der Schulpolitik weitergeht. Das längere gemeinsame Lernen bis zur 6. Klasse steht auf dem Prüfstand, und möglicherweise wird es in den Regionalschulen bis zum 8. Schuljahr erweitert. Gesamtschulen würde das zwar nicht unmittelbar betreffen, doch die Übertragung unserer Erfahrungen und der Vergleich künftiger Ergebnisse stellen eine zusätzliche Herausforderung dar.

Der Landesvorstand bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich bei Susanne Petersdorf, die sich nach ihrem Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand nun viel Zeit nimmt, zu den Sitzungen der GGG durch die Lande zu reisen, unsere Interessen vertritt und stets den Kontakt hält.

*Angelika Matthias*

### Rheinland-Pfalz

Der Stadtrat von Worms hat sich dafür ausgesprochen, eine Integrierte Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe einzurichten. Oberbürgermeister Michael Kissel hat erklärt, dass die Stadt als Schulträger bereit sei, eine IGS mit Oberstufe einzurichten, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Die Verwaltung ist beauftragt worden, eine Standortanalyse für die Kerstensteiner Schule anzufertigen „für eine Integrierte Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe“.

In der Verbandsgemeinde Nieder-Olm liegt nach einer Erklärung des Landrates Claus Schick (LK Mainz-Bingen) ein starker Wunsch für ein Gymnasium, aber auch für eine Integrierte Gesamtschule vor. Zu viele Schüler werden von anderen IGS in Ingelheim, Wörrstadt und Mainz abgelehnt, auf die aber rund 20 Prozent aller Schüler des Landkreises verteilt sind. So sei die Kreisverwaltung dem Wunsch der Verbandsgemeinde gefolgt, und wird

eine vierzügige IGS inklusive einer Sekundarstufe zwei (Oberstufe) einführen.

*Franz-Josef Bronder*

### Sachsen

Im Mai 2006 fand ein Kongress mit dem Motto: „**Mehr Chancengleichheit durch längeres gemeinsames Lernen**“ statt.

Bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung, die gemeinsam von GEW, SPD, Grünen, PDS und anderen Organisationen getragen wurde, beteiligte sich auch der Landesverband der GGG Sachsen. Im Oktober wird es eine Nachfolgeveranstaltung geben.

Ein Diskussionschwerpunkt in Sachsen ist derzeit die sogenannte Reform der gymnasialen Oberstufe. Hierzu aus der Pressemitteilung 074/2006 des Kultusministeriums Sachsen:

*„Dem Modell zufolge soll es in der gymnasialen Oberstufe eine Kombination aus Kurs- und Klassenunterricht geben. Die Kernfächer Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache sollen in Grund- und Leistungskursen unterrichtet werden und müssen wie bisher verpflichtend belegt werden. In allen übrigen Fächern lernen die Schüler im Klassenverband.“*

*Belegpflichtig sind ferner die Fächer Geschichte, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/ Wirtschaft (GRW), Geographie und Sport. Entscheiden müssen sich die Schüler zwischen den Fächern Kunst oder Musik und evangelisch/katholische Religion oder Ethik. Neben dem Pflichtbereich soll es künftig einen Wahlbereich geben, in denen die Schulen Kurse in Astronomie, Informatik, Philosophie oder fachübergreifende Grundkurse anbieten können. In der Abiturprüfung werden künftig fünf Fächer geprüft. Neben Deutsch und Mathematik sollen eine Gesellschaftswissenschaft sowie eine Naturwissenschaft oder eine Fremdsprache*

*Prüfungsfach sein. Künftig sollen alle Leistungen, die in der 11. und 12. Jahrgangsstufe erbracht werden, auch in die Gesamtqualifikation einfließen.“*

Die GGG sieht hierdurch die Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler massiv eingeschränkt, was mit Sicherheit zu einer Beeinträchtigung der Studierfähigkeit führen wird.

Schulorganisatorische Konsequenzen wie Abbau von Lehrerstunden und die Schließung weiterer (kleinerer) Oberstufen sind zu erwarten.

*Thomas Jahre*

### Hamburg



Der Landesvorstand Hamburg des Gesamtschulverbandes GGG e.V. lädt herzlich ein zum

### Norddeutschen Gesamtschulkongress

**„GESAMTSCHULE – die Antwort auf PISA“**

vom 21. bis 23. September 2006 in der Rudolf-Roß-Gesamtschule (RRG) in Hamburg, Neustädter Straße 60, 20355 Hamburg, Tel.: 040 / 35 74 12 - 0 (Büro RRG)

## Anmeldung

Wir bitten darum, sich bei Interesse umgehend anzumelden, damit wir die Vorbereitungen optimal durchführen können. Bitte geben Sie an, an welcher Hospitation Sie teilnehmen möchten. Nennen Sie bitte auch eine Ersatzwahl, falls die Anmeldezahl zu groß oder zu gering ist. **Anmeldeschluss ist der 20. August 2006.** Der ist zwar bereits verstrichen, **Nachmeldungen** können noch vorgenommen werden, das muss aber **umgehend** geschehen!

Mit der Anmeldebestätigung erhalten Sie einen Wegweiser zur Rudolf-Roß-Gesamt-

schule und am 21. bzw. 22.09.06 die Kongressunterlagen vor Ort.

## Kongressbeitrag

Der Kongressbeitrag beträgt 25,00 EUR. Er ist für die Kosten der Referenten und das Abendbüffet am Freitag. Wir weisen darauf hin, dass der Kongress dadurch nicht kostendeckend finanziert werden kann. Die Norddeutschen Landesverbände tragen die erheblichen Mehrkosten.

## Zimmerreservierung

Die Zimmerreservierung nehmen Sie bitte selbst direkt bei „hamburg-tourismus“

vor. Sie erreichen sie per Telefon unter **040-300 51 300** oder per E-Mail über die Homepage <http://www.hamburg-tourismus.de/>. Dort können Sie gewünschte Zimmer buchen.

Wir freuen uns auf Ihren/Euren Besuch!

## \*Anmeldungen an:

Ulf Kahlke  
GGG Landesverband Hamburg  
Borsteler Weg 8a, 25421 Pinneberg  
Konto 1071130841 bei der HASPA BLZ  
200 505 50 (GGG LV HH)

*Ulf Kahlke*

## Programm

### Donnerstag, 21. September 2006

bis 19.00 Uhr

Anreise der Kongressteilnehmer/innen  
Das Kongressbüro ist ab 16 Uhr geöffnet.

19.00 Uhr

Geführter Spaziergang zum Michel und auf den Kiez

### Freitag, 22. September 2006

Auf Workshops wollen wir bei diesem Kongress verzichten. Stattdessen soll ein direkter Einblick in die Schulpraxis ermöglicht werden. Es sind verschiedene Hospitationen an Gesamtschulen vorgesehen. Sie stehen alle unter dem Thema „Neue Unterrichtsformen in der Erprobung“.

Kolleginnen und Kollegen der jeweiligen Schule erläutern, in welchem Zusammenhang die Hospitation zu sehen ist und stehen im Anschluss für ein Gespräch zur Verfügung.

ab 8.30 Uhr

Treffen in den Schulen zur Hospitation:

H 1 – **GS Bergedorf**

Profilklassen in den Jahrgängen 9/10

H 2 – **GS Blankenese**

Lernwerkstatt, klasseninterne Differenzierung

H 3 – **Erich Kästner-GS**

NW ohne äußere Fachleistungsdiff. in den Jahrgängen 9/10

H 4 – **Ida-Ehre-Gesamtschule**

Biologie in klasseninterner Differenzierung in den Jahrgängen 9/10

H 5 – **Max-Brauer-Gesamtschule**

Eigenverantwortliches Lernen in den Jahrgängen 5/6

H 6 – **Rudolf-Roß-Gesamtschule**

Bilingualer Unterricht in den Jahrgängen 5 od. 6

H 7 – **GS Winterhude**

Jahrgangsübergreifender Unterricht in den Jahrgängen 5 - 7

ab 13.00 Uhr

Mittagessen in der Rudolf-Roß-GS (Eigenzahler)

14.30 Uhr

Dr. Kerstin **Tschekan** [Landesinstitut für Lehrerbildung u. Schulentwicklung (LI)]: Wie muss ein Unterricht gestaltet sein, in dem Schüler tatsächlich lernen? Referat und anschließende Aussprache

ca. 16.00 Uhr

Kaffeepause

17.00 Uhr

Offizielle **Kongresseröffnung** in der RRG durch den LV mit Grußworten von:

– der Schulleitung  
– der Senatorin für Bildung und Sport  
– der Bundesvorsitzenden der GGG

17.30 Uhr

**Ulrich Vieluf** [Leiter der Abt. Qualitätsentwicklung und Standardsicherung am LI]: Die Leistungen der Gesamtschulen im Spiegel der Empirie.

ab ca. 19.30 Uhr

**Bunter Abend** in der RRG mit Musik (Band: „Midlife Ramblers“), Büffet und Getränken

### Samstag, 23. September 2006

ab 9.00 Uhr In der RRG Führung durch die **Ausstellung** „Schule verändern, Beispiele aus Gesamtschulen in Schleswig Holstein“ (vom März 2005)

11.00 Uhr

#### Podiumsdiskussion

„GESAMTSCHULE – DIE ANTWORT AUF PISA“.

Moderation: Alexander Heinz (NDR)  
Teilnehmer: Ingrid Wenzler (Bundesvorsitzende GGG), Ina Korter (Landtagsabgeordnete Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Hannover). Weiter sind vorgesehen Vertreter der Wirtschaft, des DGB, der SPD.

13.00 Ende des Kongresses - Abreise



Gemeinnützige  
Gesellschaft  
Gesamtschule

Gesamtschulverband

Kommentar



## Fußball, Klinsmann und die Bildung

von Ursula Helmke

Welch ein Sommer! Sonne und Temperaturen wie auf Sizilien, Straßenfeste wie in der Toskana, und die Deutschen mediterran entspannt und fröhlich. Aber es lag ja nicht nur am Wetter, sondern vor allem am Fußball. In meiner Straße weht immer noch eine schwarz-rot-goldene Fahne, T-Shirts der WM-Spieler zieren weiterhin manchen Jungenkörper, auch die Kommentare enden noch nicht. Alle Welt rieb sich die Augen vor Verwunderung über die Deutschen, die ihre sprichwörtliche Sauertöpfigkeit und Verbissenheit ablegten, Fremde als freundliche und fröhliche Gastgeber willkommen hießen, auf den Straßen feierten und ihre Autos mit Fähnchen schmückten, manches Mal sogar aus zwei verschiedenen Nationen. Was war geschehen?

Zwei Jahre lang hatte Jürgen Klinsmann die deutschen Spieler auf das Turnier vorbereitet – nicht ohne Kritik. Anfängliche Vorbehalte gab es professioneller und personeller Art: „Der Junge hat doch gar keine Trainererfahrung; die arbeiten immer noch an ihrer Fitness, sollen mal endlich Fußball spielen statt Gummitwist; unerträgliche Arroganz, sich ständig nach Kalifornien abzusetzen!“, so raschelte es im Blätterwald. Und dann auch noch kurz vorm Anpfiff der Spiele Lehmann statt Kahn, du liebe Güte! Das Fußballvolk und nicht wenige Manager hatten offensichtlich Angst um den Erfolg. Bis es begann.

Fröhlich gingen die Deutschen das erste Spiel an. War es der „American way of life“, der sie plötzlich so locker und voller Energie laufen, die Stürmerreihe so flexibel agieren ließ? Klar zeigte die Abwehr noch Schwächen, ließ zwei Tore rein, aber mit vieren wurde ausgeglichen. Klinsmann nannte im Interview das für ihn Wesentliche: Mit Leidenschaft, Können und Lockerheit spielen, den „Ball flach halten, aber den Kopf oben“. Was sehr bald das „System Klinsmann“ hieß, war präsen- Übersicht und Flexibilität in wechselnden Situationen, Perfektion in Standards, und als Basis: Kondition, Kondition, Kondition. Offensichtlich hatte er eine enorme Motivation bei den Spielern erreicht, hatte ihnen viel – alles – zugetraut und die vorhandenen Talente durch Aufmerksamkeit und Anerkennung entfaltet, ihre Kreativität und ihre je individuelle Verantwortung für das Ganze herausgefordert. Mit Blick auf die übrige Bundesliga lautete sein Kommentar: „Bewegt euch endlich (ihr Trainer und Spieler), das traditionelle Ackern mit dem Ball ist out und wird der internationalen Entwicklung zur spielerischen Leichtigkeit und Schnelligkeit nicht mehr gerecht.“

Ein früherer Bundespräsident hatte einen „Ruck“ gefordert, der durchs Land gehen müsse. Er forderte ernsthafte Arbeit und Anstrengungsbereitschaft, damit Leistung sich wieder einstelle und das Jammertal verlassen würde. Vergeblich. „Klinsi“ fand einen anderen Ton, nutzte ein anderes Konzept, und er hatte Erfolg. Seine gute Laune und Entspantheit übertrugen sich auf das

Team und das Land, schienen auf eine latente Sehnsucht zu antworten, so dass aller Jammer verflog und z.B. Rotenburg (bei Bremen) 10 Tage lang mit der Mannschaft von Trinidad/ Tobago Reggae tanzte. Alle Deutschen freuten sich mit und über ihre „Immigranten“, Klose, Podolski, Odonkor und die übrigen, die Fahnen ihrer Herkunftsländer fuhren mit den deutschen herum. Die letzte und wohl schwerste Prüfung für den erforderlichen Teamgeist leistete schließlich Oliver Kahn, als er seinen Rivalen Jens Lehmann vor dem Elf-Meter-Schießen gegen Argentinien mit Zuspruch stärkte.

Bekanntlich wurden wir nicht Weltmeister, der 3. Platz lag dennoch weit über den Befürchtungen. Er wurde nicht durch Schinderei erreicht, sondern durch Anerkennung, Motivation, ernste Arbeit und Fröhlichkeit. Die Grundlagen waren verlässliche Kondition, die Übertragung von Verantwortung auf jeden Einzelnen sowie unbedingter Teamgeist, der in vielen Situationen sichtbar wurde.

Der Cheftrainer Klinsmann hat die deutsche Mannschaft gelehrt, eigenverantwortlich an sich und ihrer Kompetenz zu arbeiten, hat sie bis zum Äußersten gefordert und durch Vertrauen und Leichtigkeit hoch motiviert. Der Mensch Klinsmann, dem eine sehr eigene Balance von „Herz und Verstand“, Nähe und Abstand, nachgesagt wird, hat seinen Vertrag nach dem Schlusspfiß gelöst. Er hat ein Modell vorgeführt, nach dem – fröhlich, ermutigend und strikt zielorientiert – effektiv gelernt wird, das hinreißend motiviert. Die Übertragung muss jetzt in der Fläche geleistet werden, überall, wo das System verstanden worden ist. – Auch in der Bildung, mit Kreativität und Kondition! ♦